

# Niederschrift

## JHA/009/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine  
am 20.01.2022

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

### Anwesend als

#### Vorsitzender:

Herr Dieter Führer	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

#### Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

#### beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
----------------------	-----	---------------------

Frau Annette Floyd-Wenke      DIE LINKE      Ratsmitglied  
Herr Bernhard Jäschke      AG 78

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Frau Nina Jansen      Sachkundige Einwohnerin f.  
Beirat f. Menschen mit Be-  
hinderung  
Frau Barbara Kammer      Ausschussmitglied f. Schu-  
len  
Frau Claudia Raneberg      Ausschussmitglied f. Evan-  
gelische Kirche  
Frau Karin Sauerland      Jugendamtselternbeirat  
Frau Andrea Bischoff      Sachkundige Einwohnerin f.  
Familienbeirat

**Vertreter:**

Frau Laura-Jane Klein      BfR      Stellv. Sachkundige Bürge-  
rin (zur Verpflichtung)  
Frau Tatjana Lücke      SPD      Vertretung für Frau Yvonne  
Köhler  
Frau Birgitt Overesch      CDU      Vertretung für Frau Claudia  
Reinke

**Verwaltung:**

Frau Andrea Atrott      Vorzimmer Beigeordneter  
Herr Raimund Gausmann      Beigeordneter  
Herr Stefan Jüttner - von der Gathen      Stabstelle Dezernat II  
Herr Ingo Schmitz      Stellv. Schriftführer  
Frau Annette Wiggers      Jugendamtsleiterin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Frau Yvonne Köhler      SPD      Ratsmitglied  
Frau Claudia Reinke      CDU      Ratsmitglied

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Domenico Bellinvia      Ausschussmitglied f. Katho-

Frau Andrea Deupmann	lische Kirche Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Richter
Herr Vincenzo Pirone	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Herrn Christian Evers als neues Mitglied im Jugendhilfeausschuss für Herrn Wisselmann. Zeitgleich wurde Frau Laura-Jane Kleine als persönliche Vertreterin von Herrn Evers als neues stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss verpflichtet.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

### Öffentlicher Teil:

#### **1. Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung am 25.11.2021**

Herr Gausmann teilt zur Klarstellung mit, dass aufgrund eines technischen Defektes die Abstimmungstexte und -ergebnisse nicht automatisch im Protokoll erschienen seien. Deshalb schlägt er vor, dieser Niederschrift die vervollständigte Niederschrift vom 25. November 2021 beizufügen. Die 8-seitige Niederschrift werde dabei als Grundlage genommen.

Zu dem Vorschlag von Herrn Gausmann gab es keine Bedenken, so dass die Umsetzung erfolgen kann (Anlage 1).

Es gibt ansonsten keine Änderungs- und Ergänzungswünsche.

#### **2. Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann teilt Folgendes mit:

Im Bereich Kinder- und Jugendförderung habe es einen Mitarbeiterwechsel gegeben. Frau Kirchhoff sei jetzt für Herrn Jansen dort beschäftigt.

Das nächste Treffen der AG 78 Kinder- und Jugendarbeit werde am 10. Februar 2022 um 10:00 Uhr stattfinden. Befassen werde sich die AG dann mit dem Stand des Kinder- und Jugendförderplanes.

Herr Jüttner-von der Gathen führt aus, dass sich die Arbeitsgruppe am gestrigen Abend getroffen und sehr engagiert und motiviert an der Bewertung und Konkretisierung der Maßnahme-

empfehlungen aus dem Familienbericht gearbeitet habe. Da die Gruppe nur zu 50 % besetzt gewesen sei, werde ein zweiter Termin am 15. Februar 2022 stattfinden.

Herr Gausmann führt zur Arbeits- und Projektplanung aus, dass es sich um einen Entwurf handeln würde. Die Sitzung am 9. März 2022 werde am 10. März 2022 stattfinden, da eine Terminkollision bestehe. Deshalb werde auch die Örtlichkeit die Stadthalle und nicht der Ratssaal sein. Es gäbe aber keine Überlappung, was die Ausschussmitglieder(innen) betreffen würde.

Für die Sitzung am 10. März 2022 gibt es derzeit nur einen Punkt, aber es werde davon ausgegangen, dass die Spielgruppenförderung ein weiterer TOP werde. Wegen der prekären Lage im U3-Bereich würde hier Handlungsbedarf bestehen. Bei der Fördererhöhung werde es sich voraussichtlich um keinen großen Betrag handeln.

Die Ergebnisse des Gemeindeprüfungsamtes werden voraussichtlich am 10. März 2022 oder in der darauffolgenden Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies sei davon abhängig, wann der abschließende Bericht eintreffe.

Herr Gausmann erinnert, dass – wie jedes Jahr – alle noch kommenden Anträge selbstverständlich in die Arbeits- und Projektplanung einfließen könnten. Der Top aus dem letzten Jahr über psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen unter Corona werde mit aufgenommen. Die Vorbereitungen dazu würden bereits laufen. Dies sei davon abhängig, in welcher Sitzung dieser Punkt auf die Tagesordnung komme.

Herr Gausmann bedankt sich bei den Trägern der Jugendhilfeeinrichtungen für die gute Arbeit trotz der Corona-Durchbrüche. Auch die ambulanten Träger würden in der aktuellen Corona-Situation weiterhin in den Familien vor Ort gute Arbeit leisten.

Herr Hewing weist darauf hin, dass in seinem beruflichen Umfeld der Fachkräftemangel und die Unterbesetzung ein großes Thema seien. Deshalb wünsche er sich, dass dieses Thema ausführlich beraten werde.

Herr Fühner erklärt, dass diese Thematik in die Arbeits- und Projektplanung mit aufgenommen werde, da alle Anwesenden signalisiert hätten, dass dies ein wichtiges Thema sei.

Frau Lücke erinnert an das Thema Kinder mit Behinderungen in Einrichtungen und die entsprechenden Ausführungen in der letzten Sitzung. Dieser Punkt sei im Projektplan derzeit noch nicht enthalten.

Herr Gausmann erläutert, dass es einen anstehenden Mitarbeiter(innen)wechsel in diesem Bereich geben werde. Deshalb könne diese Thematik noch nicht konkret terminiert werden. Dies werde aber noch erfolgen.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner fragt an, ob es die Möglichkeit für eine direkte Vertretung von Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss, z. B. Jugendliche aus der Stadtschülervertretung, gebe.

Herr Gausmann bedankt sich für diese Anfrage. Es gebe sowohl gesetzliche Regelungen als auch die Jugendamtssatzung sowie die Hürde des Alters von 18 Jahren im Rahmen des passiven Wahlrechtes. Dies seien die Rahmenbedingungen für die Besetzung des Jugendhilfeausschusses. Es sei derzeit beabsichtigt, eine Vertretung der Stadtschülervertretung als beratendes Mitglied im Schulausschuss aufzunehmen. Genauso werde man diesen Wunsch parallel für den

Jugendhilfeausschuss prüfen. Es sei sehr wichtig, motivierte Jugendliche mitzunehmen, so dass eine Lösung dafür, in welcher Form genau auch immer, sicherlich gefunden werde.

Herr Fühner ergänzt, dass dem Kinderbeirat und Jugendbeirat in der Vergangenheit auch schon die Möglichkeit gegeben worden sei, das Wort im Jugendhilfeausschuss zu ergreifen. Er bittet den Einwohner um eine kurze E-Mail als Antrag an das Jugendamt, damit der Lösungsweg beschritten werden könne.

Es gibt keine weiteren Einwohneranfragen.

**4. Bestellung von Frau Atrott zur Schriftführerin  
Vorlage: 008/22**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und bittet um Zustimmung. Ein besonderer Dank gehe an Frau Atrott, die sich bereit erklärt habe, diese Aufgabe zu übernehmen.

Die formale Bestellung erfolgt einstimmig mit Handzeichen.

Herr Fühner begrüßt Frau Atrott offiziell im Jugendhilfeausschuss.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss bestellt gem. § 52 Abs. 1 in Verbindung mit § 58 Abs. 2 und 7 GO NRW Frau Andrea Atrott ab dem 01.02.2022 zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Informationen aus dem Familienbeirat**

Frau Bischoff führt aus, dass sich der Beirat in der Zwischenzeit nicht wieder offiziell getroffen habe. Die nächste Sitzung würde für den 1. Februar 2022 anstehen. Hier solle mit Herr Gausmann über den Familienbericht gesprochen werden.

Zwischenzeitlich habe man sich mit der Neuauflage des Heftes „KITA Ich komme!“ in Kooperation mit dem Jugendamtseleternbeirat beschäftigt. Darüber hinaus sei die Website des Familienbeirates überarbeitet und aktualisiert worden.

In diesem Zusammenhang habe eine interne Abstimmung des Familienbeirates zur Anregung des Jugendamtseleternbeirates bezüglich der PCR-Pooltests zu TOP 6 stattgefunden. Der Familienbeirat befürworte die Anregung des Jugendamtseleternbeirates.

Es gibt keine weiteren Fragen an den Familienbeirat.

**6. Anregung des Jugendamtseleternbeirates zur regelmäßigen Nutzung von Pool-PCR-Laborauswertungen in der Kindertagesbetreuung in Rheine  
Vorlage: 035/22**

Herr Fühner führt in die Vorlage kurz ein und übergibt zur weiteren Ergänzung direkt an Frau Sauerland.

Frau Sauerland ergänzt, dass die Idee daraus entstanden sei, dass sowohl Eltern als auch Einrichtungsleitungen mit der aktuellen Testsituation sehr unzufrieden gewesen seien. Seit Weihnachten habe sich die Möglichkeit der Auswertung von PCR-Tests nochmals erheblich verschlechtert. In den Vorbereitungen zu dieser Sitzung sei eine weitere Ergänzung besprochen worden.

Frau Sauerland führt dazu aus, dass sie Kontakt zu Herrn Prof. Volk von der tiermedizinischen Hochschule Hannover sowie Herrn Ebbers, der in Hörstel und Münster Polizeisuchhunde ausbilde, habe. Es gebe die Möglichkeit, Hunde zu Corona-Spürhunden ausbilden zu lassen. Es gebe eine noch nicht veröffentlichte Studie von Herrn Prof. Volk mit einer 99%igen Trefferquote. Dies sei u. a. auf einer Großveranstaltung mit 5.000 Personen, die einen PCR-Test abgeben mussten, umfangreich getestet worden. Die ausgebildeten Hunde würden tatsächlich sogar zwei Tage vor dem PCR-Test nachweislich anschlagen. Im Internet gebe es mittlerweile bereits entsprechende Videos, wie die Hunde genau arbeiten würden.

Herr Ebbers habe sich bereit erklärt, für die Verwaltung als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Sein mögliches Szenario wäre, dass die Hunde an zwei Stellen in Rheine geparkt würden, wo Räumlichkeiten vorhanden seien. Ihm sei wichtig, dass die Kinder keinen Kontakt zu den Hunden hätten. Die Kinder würden sich nur mit einem Wattepad über den Arm, die Stirn und den Nacken wischen. Die Wattepads würden dann als Pool in einer Tüte etc. gesammelt. Anschließend würden diese Tests von den Hunden beschnuppert. Die Hunde würden dann entweder anschlagen oder auch nicht. Die sei eine neue innovative Lösung, die die AuswertungsKapazitäten der Labore nicht weiter belasten würde. Darüber hinaus würde sich in dieser Option auch der Müll erheblich verringern, wenn diesbezüglich auch einmal an Nachhaltigkeit gedacht werde.

Herr Gausmann erklärt, dass er strukturiert zunächst gerne auf die Vorlage und dann auf die Corona-Spürhunde eingehen wolle.

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Es sei unstrittig, dass grundsätzlich die Trefferquote und die Qualität der Selbsttests große Sorge bereiten würden. Herr Jüttner-von der Gathen habe sich intensiv um eine kreiseinheitliche Lösung bemüht. Letztlich bleibe es bei der Grundproblematik, dass es keine Verpflichtung zum Test in Kindertageseinrichtung gebe. Einerseits gebe es die Problematik der Eltern, die ihr Kind nicht testen lassen möchten und andererseits die deutliche Einschränkung der PCR-Testlaborkapazitäten. Es gebe heute eine neue Schul-Mail auf die hingewiesen werde, dass der Kreis Steinfurt entschieden habe, dass es keine Cluster-Quarantäne mehr gebe. Dies bedeute, dass sofern es im Pool-Test eine positive Meldung gebe, alle Schüler über einen Selbsttest den eigenen Status herausfinden sollten. Das positive Kind solle dann in die Quarantäne und die anderen negativ getesteten Kinder weiter zur Schule gehen. Dies sei die Reaktion auf die fehlenden Laborkapazitäten, die derzeit keine zeitnahen Ergebnisse sicherstellen könnten. Im Kreis Steinfurt müssten zusätzlich rund 30.000 PCR-Tests a dreimal wöchentlich ausgewertet werden. Aufgrund dieser aktuellen Gesamtsituation werde diese Initiative der Eltern und des Jugendamtselternbeirates sehr begrüßt. Gemeinsames Ziel sei es, dafür zu sorgen, dass es bei den Eltern eine hohe Bereitschaft zur freiwilligen Testung gebe und die Sicherheit der Kinder sowie des Personal gewährleistet werde.

Herr Jüttner-von der Gathen ergänzt, dass mit dem Kreis Steinfurt zur kreiseinheitlichen Regelung ein PCR-Pool-Test-Angebot eines etablierten Labors eingeholt worden sei. Beim Kreisjugendhilfeausschuss läge ein vergleichbarer Antrag bereits vor. Der Kreis Steinfurt sei letztlich zu dem Entschluss gekommen, dass die PCR-Pooltestung nicht umsetzbar sei. Die Schnelltestungen sollten weiterhin genutzt werden und das Land NRW solle aufgefordert werden, verpflichtende und bindende Regelungen diesbezüglich zu treffen. Letztlich sei das Land NRW dafür zuständig und in der Verantwortung. Das kalkulierte Angebot des Testlabors entsprechend

den Antrag über Gruppen- und Tagespflegestellen und Einsparung von Schnelltests habe bei einer PCR-Pooltestung pro Woche einen Kostensatz von 20.000 Euro ausgewiesen.

Herr Fühner ergänzt, dass dies nicht nur eine Kostenfrage, sondern auch eine inhaltliche Frage sei. Er habe heute Nachmittag aus dem Landtag NRW gehört, dass eine Testpflicht in Kindertageseinrichtungen nicht vorgesehen sei.

Frau Overesch bedankt sich beim Jugendamtselternbeirat für den Einsatz für die Sicherheit der Kinder, deren Familien und der Beschäftigten in den Kitas. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, die Sicherheit in den Kitas zu steigern. Neben den PCR-Pooltests könne auch eine verstärkte Nutzung der Selbsttests oder die Einführung einer Testpflicht eine Lösung sein. Bei der PCR-Pool-Testung seien auch der logistische Aufwand und die pädagogische, zwischenmenschlich schwierige Situation zu berücksichtigen. Daneben wären auch noch haftungsrechtliche Fragen zu klären. Das Kapazitätsproblem und daraus resultierenden Folgeprobleme habe Herr Gausmann bereits dargestellt. Deshalb sollten die Potenziale der Schnelltests besser genutzt werden. Ein Großteil der Eltern nutze bereits die freiwillige Testmöglichkeit. Festzustellen sei, dass viele Eltern diese Möglichkeit leider nicht nutzen würden, und deshalb solle an diesen Personenkreis entsprechend appelliert werden. Darüber hinaus sei die Transparentmachung der Ergebnisse ein wichtiger Baustein. Es könne nur gemeinschaftlich das Ziel erreicht werden, die Kinder und Beschäftigten zu schützen.

Bei den derzeit fast alternativlosen Schnelltest solle die Qualität in den Blick genommen werden. Alle Anwesenden stimmen hier zu, da in der Praxis nachweislich die Erfahrung unterschiedlicher Ergebnissen je nach Testeinsatz gemacht worden sei. Es finde daher ein Hopping zwischen den Teststellen statt, die der unterschiedlichen Qualität geschuldet sei. Es gebe gute Listen über die Aussagequalität von Schnelltests, so dass damit noch einmal nachjustiert werden könne. Bei alledem, was hier diskutiert werde, dürfe nicht vergessen werden, dass das Land NRW die Regeln mache. Deshalb solle dort sehr deutlich aus den einzelnen Runden entsprechend auf verlässliche Regeln eingewirkt werden.

Frau Fettich gibt die Rückmeldung, dass der Wunsch der Eltern nach mehr Sicherheit geteilt werde. Aufgrund der bekannten und bisher hier genannten Gründe sei es fraglich, ob das Ziel mit den PCR-Pooltests auch erreicht werden könne. Neben den belasteten Laboren sei nach fast zwei Jahren auch das Kita-Personal mehr als belastet und die Personalressourcen am Rande der Kapazitäten. Ob das Personal PCR-Pooltest überhaupt leisten könne, sei fraglich. Auch gebe es nicht wie in Schulen eine feste Beginnzeit, sondern fließende Anfangszeiten als zusätzliche Herausforderung. Es obliege dem Land NRW, den Kitas hier Vorgaben zu geben, um so mehr Handlungssicherheit haben zu können. Die Testbereitschaft bei den noch fehlenden Eltern könne schon dadurch erhöht werden, wenn alle Kitas Selbsttests mit neuer Qualität erhalten würden. Es gebe Träger, die kreisweit aktiv seien, und daher wären kreisweite Regelungen immer erstrebens- und auch wünschenswert.

Herr Evers verweist auf eine Studie zu den Schnelltests aus dem Ärzteblatt. Dort werde mehr oder weniger nachgewiesen, dass die Wirksamkeit der Test bei 50 % liegen würde. Es gebe in einer Einrichtung den Fall eines Kindes, der zu einer hochgradigen schnellen Ansteckung beim Personal und auch weiteren Kindern geführt habe.

Herr Evers gibt die Anregung, über Kooperationen und Kompromisse nachzudenken. Dies würde bedeuten, dass wenn ein Kind in einer Einrichtung positiv sei, die Kontaktkinder zum Testzentrum; z. B. am ehemaligen Toom Baumarkt; fahren könnten und dort kostenlos einen PCR-Test durchführen zu lassen. Sein Träger würde die Eltern derzeit zur Sicherheit dort hinschicken. Hier stelle sich die Frage zu Möglichkeiten der Kooperation. Auch solle über Pool-Testungen bei Einrichtungen, die nachweislich zwei bis drei Positivfälle hätten, nachgedacht werden. So könne auch den Mitarbeiter(inne)n eine gewisse Sicherheit gegeben werden. Die große Gefahr sei die Dunkelziffer bei den Kindern, die positiv seien, aber negative Schnelltests hätten und auch keine

Symptome zeigen würden. Es sei daher wünschenswert, über Kompromissvorschläge nachzudenken.

Herr Fühner fasst zusammen, dass im Zentrum aller Aussagen die Sicherheit der Kinder, der Mitarbeiter(innen) und des Umfeldes stehen würden. Kindertageseinrichtungen würden zur kritischen Infrastruktur zählen. In der Konsequenz könnten nur alle Beteiligten alles dafür tun, um infektionslos zu bleiben. Letztlich sei zu überlegen, welche Zuständigkeit, aber auch welche Möglichkeiten dieser Ausschuss habe. Es sei in Zuständigkeit des Landes NRW, für Regularien zu sorgen, die die Sicherheit soweit wie möglich gewährleisten sollten. Rheine könne nur im Rahmen der Möglichkeiten die Sicherheit unterstützen, jedoch nicht bestimmen und vorgeben, da die rechtliche Kompetenz dazu fehle. Es sei deshalb wichtig und richtig, auch diese Variante mit den Corona-Spürhunden in den Blick zu nehmen. Deshalb solle diese Vorlage um die Thematik der Corona-Spürhunde ergänzt werden. Darüber hinaus sei es unabdingbar, dass jedes Mitglied des JHA, durch Resolution oder welche Möglichkeiten auch vorhanden seien, entsprechend auf die Politik und das Land NRW einwirken müsse. Es möge nicht nur dafür geworben, sondern entsprechend eingefordert werden, dass mehr Testmöglichkeiten zur Verfügung gestellt würden. Diese Tests sollten dann auch die größtmögliche Validität haben.

Herr Hewing ergänzt, dass verhindert werden müsse, dass Kitas geschlossen würden. Es gebe ein Stück Hilflosigkeit, da PCR-Testergebnisse womöglich erst vier Tage später vorliegen würden. Er sei dankbar für jede gute Idee, wie z. B. die der Corona-Spürhunde. Auch die Anmerkung von Herrn Evers, zu differenzieren und die PCR-Tests dort anzuwenden, wo nachweislich positive Fälle vorliegen würden, sei sehr gut. Ganz wichtig sei die Einflussnahme auf das Land. Die Studie im Ärzteblatt könne ein Anhaltspunkt sein, gute von weniger guten Schnelltests zur Nutzung auszuwählen, um so eine höhere Validität zu erzielen.

Herr Fühner ergänzt, dass eine Bewertung einer Studie nicht in die Kompetenzen dieses Ausschusses falle, zumal es fast täglich neue Studienergebnisse gebe. Im Zweifel dürfe es ratsam sein, sich an das Gesundheitsamt zu wenden.

Frau Leskow führt aus, dass die Sicherheit und nicht die Kosten im Vordergrund stehen würden. Dass Kapazitätsprobleme vorliegen würden und auch die Ergebnisse der Schnelltest nicht 100%ig seien, könne nur bestätigt werden. Deshalb sehe sie auch den verstärkten Einsatz von Schnelltest als dringend erforderlich. Bei Schwerpunkten mit mehreren positiven Kindern solle ausnahmsweise über einen PCR-Pooltest nachgedacht werden. Letztlich sei auf das Land NRW entsprechend energisch einzuwirken.

Herr Fühner stellt fest, dass es bei allen Wortmeldungen keinen Dissens gebe. Ganz im Gegenteil, alle hätten das gleiche Ziel, die Sicherheit für alle Beteiligten in den Kitas zu erhöhen. Die Rückfrage bei den Anwesenden, in der Beschlussvorlage die Variante der Corona-Spürhunde entsprechend zu ergänzen und abzustimmen, fiel einstimmig positiv aus. Die Verwaltung werde sicherlich diese Variante ergänzend prüfen, da sie ein höchstes Eigeninteresse an der Problemlösung habe. Es gäbe über die Kita hinaus viele Umfeldler, wie Spielgruppen und die Kindertagespflege, die von diesem Thema berührt werden.

Frau Sauerland bedankt sich für die anregende Diskussion und erklärt sich mit der vorgesehenen Ergänzung einverstanden.

Herr Gausmann führt aus, dass aufgrund der hier geschilderten dramatischen Gesamtsituation etwaige Gruppen- oder ganze Kita-Schließungen in den nächsten Wochen nicht ausgeschlossen werden könnten.

Herr Fühner führt die Beschlussfassung inklusive der Ergänzung bezüglich der Corona-Spürhunde durch.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Schreiben des Jugendamtse Elternbeirates der Stadt Rheine vom 22. Dezember 2021 zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den anderen Jugendämtern im Kreis Steinfurt eine Lösung zur Verringerung der Infektionsrisiken und zur Verbesserung der Ergebnisgenauigkeit der in der Kindertagesbetreuung eingesetzten Testverfahren, einschließlich der Möglichkeit durch Corona-Spürhunde, anzustreben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt beim Land darauf hinzuwirken einheitliche, verbindlichen und kostendeckende Regelungen zur Verringerung der Infektionsrisiken und zur Verbesserung der Ergebnisgenauigkeit der in der Kindertagesbetreuung eingesetzten Testverfahren zu erlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Erweiterung der Kita Gartenstadt um eine Gruppenform II  
Vorlage: 030/22**

Zunächst erklärt sich Frau Overesch in diesem Punkt für befähigt.

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Er erinnerte an die letzte Sitzung, in der die Problematik im U3- bzw. U2-Bereich aufgezeigt worden sei. Hier gebe es die Möglichkeit, kurzfristig eine Gruppenform II zu errichten.

Herr Beckers führt aus, dass die CDU-Fraktion hier mitgehe, da es einen konkreten Bedarf an Plätzen gebe. Er spricht dem Träger, der hier die Verantwortung übernommen habe und diese Plätze zur Verfügung stellen werde, besonderen Dank aus.

Herr Evers und seine Fraktion begrüßen den Ausbau von U2-Plätzen. Wünschenswert sei, die konkreten Belegungszahlen zu erhalten, da Kitas in unmittelbarer Nähe eventuell freie Kapazitäten hätten. Auch stelle er sich die Frage, wie die umliegenden Träger in dieser Entscheidung mit einbezogen worden wären.

Herr Fühner erläutert, dass dies die erste Sitzung von Herrn Evers sei und ihm daher die Kenntnisse zu der Thematik aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung nicht vorliegen würden. Deshalb könne es sinnvoll sein, sich an dieser entsprechenden Stelle darüber zu informieren. Dann würden sich die Anfrage und Bedenken sicherlich relativieren.

Herr Gausmann ergänzt, wenn es im Umfeld freie Plätze geben würde, gehörten diese zur Gruppenform I. In der Gruppenform II gebe es auch in der Umgebung keinen einzigen freien Platz. Alle Träger seien schriftlich gebeten worden zu prüfen, ob es Möglichkeiten gebe, weitere U3-Plätze zu schaffen. Einer der Träger, der darauf reagiert habe, sei der JFD gewesen. Auch die Kirchengemeinde Jakobi sei bereit, eine weitere Gruppenform II zu realisieren. Bei dieser Gruppenform II handele sich um eine Erweiterung einer bestehenden Kita in der Gartenstadt. Im Juni 2022 werde die nächste aktuelle Kita-Bedarfsplanung erscheinen, die die konkreten Zahlen beinhalten werde.

Frau Leskow begrüßt die Schaffung dieser zusätzlichen Gruppe, dies insbesondere, weil sich der Bau der beiden Einrichtungen verzögern werde. Auch dass der JFD die Umsetzung schon zum 1. August 2022 realisieren könne, sei ein erheblicher Vorteil.

Herr Fühner ergänzt, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass man dankbar für die Schaffung jedes neuen Betreuungsplatzes sein könne. Die Räumlichkeit sei eine Herausforderung, aber auch das Betreuungspersonal zu gewinnen, sei schwierig. Es dürfe nicht sein, dass der Rechtsanspruch der Eltern nicht erfüllt werde, weil Plätze fehlen würden. Rheine habe als familienfreundliche Stadt immer noch eine Vielzahl von Zuzügen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgende Beschlüsse:

- 1) Im Rahmen der Planungsverantwortung nach § 80 SGB VIII soll zum 01.08.2022 eine zusätzliche Gruppenform II im Planungsgebiet rechts der Ems geschaffen werden. Dazu wird die Kita Gartenstadt, Graf-von-Stauffenbergstr. 12 in 48432 Rheine entsprechend erweitert.
- 2) Der Träger der Kita Gartenstadt, der Jugend- und Familiendienst e. V., Wadelheimer Chaussee 195 in 48432 Rheine, erhält für die Ausstattung der zusätzlichen Gruppe einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 35.000 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **8. Neubau der Kita St. Elisabeth Vorlage: 029/22**

Herr Beckers erklärt sich für befangen.

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Dies sei keine neue Vorlage, da die zur Verfügungsstellung der Festbetragsförderung bereits beschlossen worden sei. Der Beschluss enthalte die Bedingung, dass die anderen Fördergeldgeber ihren entsprechenden Anteil mit einfließen lassen würden. Nunmehr habe das Land den Förderbetrag reduziert gewährt, somit niedriger als in der Beschlussvorlage damals angegeben. Der Träger habe sich jedoch bereit erklärt, diese fehlende Summe zusätzlich zu übernehmen. Damit entstünden nur eine Verschiebung in der Finanzierung und keine Mehrkosten für die Stadt Rheine. Sicherheitshalber sei der damalige Beschluss der neuen Finanzierungssituation anzupassen, da diese eng gekoppelt seien.

Herr Hewing fragt nach, dass er im Schulausschuss gehört hat, dass während des Umbaus mobile Raumsysteme für 500.000 Euro eingeplant worden seien. Er bittet um kurze Erklärung dieser relativ hohen Summe.

Herr Gausmann erläutert, dass das mobile Raumsystem schon existiere und zum Ziel transportiert werden müsse. Das Grundstück an der Dutumer Straße müsse hergerichtet werden. Glücklicherweise habe dort früher eine mobile Einheit für Flüchtlinge gestanden, so dass das Grundstück bereits erschlossen sei. Jedoch müssten die Dimensionen, wie z. B. das Fundament, geändert werden. Grundsätzlich seien Baumaßnahmen momentan leider sehr teuer.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgende Beschlüsse:

- 1.) Im Rahmen der Planungsverantwortung nach § 80 SGB VIII soll die Kita St. Elisabeth, Windthorststr. 15 in 48431 Rheine, langfristig als fünfgruppige Kita erhalten bleiben.
- 2.) Der Träger der Kita St. Elisabeth, die kath. Kirchengemeinde St. Dionysius, Am Markt 14 in 48431 Rheine, erhält vorbehaltlich der nachfolgend genannten Finanzierungsbedingungen einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 2.303.000 Euro.
- 3.) Der Investitionskostenzuschuss steht unter dem Vorbehalt, dass die Neubaumaßnahme mit Bundes- bzw. Landesmitteln in Höhe von 1.198.000 Euro gefördert wird.
- 4.) Dieser Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen für 2022. Die Verwaltung wird aufgefordert, die erforderlichen Investitionsmittel in den Haushaltsplanentwurf für 2022 einzubringen.
- 5.) Da unter Ziffer 3 genannte Fördermittel nicht in voller Höhe realisiert werden können, reduziert sich der in Ziffer 2 genannte Investitionskostenzuschuss um den gleichen Betrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Renovierungsliste der Spielflächen in Rheine 2022  
Vorlage: 003/22**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Die Vorlage sei bereits im Unterausschuss Spielplätze gut vorbereitet worden. Dies seien die letzten Renovierungen aus dem alten Spielplatzbedarfsplan, der damit erfolgreich abgearbeitet werde.

Frau Overesch ergänzt, dass die Bedarfsplanung stringent und erfolgreich umgesetzt worden sei. Sie dankt allen Akteuren, insbesondere der TBR, für die Umsetzungen und allen, die den alten Bedarfsplan ermöglicht hätten. Dies sei ein Erfolgsmodell und solle unbedingt weitergeführt werden. Der Plan könne auch auf die Freiflächen ausgeweitet werden.

Herr Fühner bedankt sich ausdrücklich für die Arbeit des Ausschusses Kinderspielplätze.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beschließt, die in der Begründung genannten Spiel- und Freizeitflächen im Haushaltsjahr 2022 zu renovieren, vorbehaltlich der Verabschiedung des endgültigen Haushaltsplanes 2022 durch den Rat der Stadt Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Fortschreibung Spielflächenbedarfsplan 2023-2028**  
**Vorlage: 009/22**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Der Kinder- und Jugendförderplan habe immer eine Jugendwiese gefördert deshalb solle dieser Plan um Freiflächen erweitert werden. Die Zeitschiene sei sehr ambitioniert. Anfang April 2022 würden die Schreiben an die Stadtteilbeiräte rausgehen. Hiermit seien im Rahmen der Beteiligung aber nicht nur diese Institutionen gemeint, sondern auch die jeweiligen Vereine, Akteure etc. vor Ort.

Frau Overesch ergänzt, dass es ohne die einzelnen Vereine, Paten und sonstigen Unterstützer/Akteure nicht so gut funktionieren würde. Sie sei deshalb über diese Klarstellung dankbar.

Herr Hülsbusch führt aus, dass sich im Kontext von Corona auch die 11- bis 16-jährigen Kinder sehr zurückziehen mussten. Sie bräuchten außerhäusliche Spiel- und Freizeitflächen, um gut ins Leben zu kommen. Es gebe auch Regenschutzangebote für Wanderer oder sonstige Flächen, wo man sich aufhalten könne, die auch in den Blick genommen werden sollten. Hier könne die Attraktivität für die Kinder gesteigert werden, die nicht unbedingt z. B. skaten oder Basketball spielen möchten. Natürlich sei dies herausfordernd für die Anwohner dieser Orte, aber dies seien wichtige Angebote zur informellen Begegnung für die Kinder. Dort könnten elementare Lernerfahrungen stattfinden.

Frau Leskow fragt an, ob im Workshop der Stadtteilbeiräte das Angebot an die Jugendlichen weitergegeben werden könne.

Herr Gausmann erläutert, dass derzeit in Klärung sei, ob es ein eigenes Beteiligungsformat für die Jugendlichen geben werde. Sicherlich würden die Jugendlichen in einer Form mitgenommen, in welchem Format auch immer.

Herr Fühner stellt klar, dass wie beim letzten Bedarfsplan nicht nur die Stadtteilbeiräte beteiligt werden würden, sondern insbesondere auch Vereine, Institutionen, Initiativen etc. Auf die Erfahrungen aus der letzten Bedarfsplanung könne gut aufgebaut werden. Klarstellend sei erwähnt, es gehe nicht um die Beauftragung der Stadtteilbeiräte, sondern u. a. um die Beteiligung von Stadtteilbeiräten; es gehe um eine breite Aufstellung, die selbstverständlich sei.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung den Spielflächenbedarfsplan 2017-2022 mit dem Titel Spielflächenbedarfsplan 2023 -2028 fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Anfragen und Anregungen**

Frau Leskow fragt nach dem Sachstand zum Spielplatz am Hubertushof (Dahl-Greiwé). Die Gaststätte habe sich um den danebenliegenden Spielplatz gekümmert. Der Betrieb der Gaststätte sei jedoch eingestellt worden.

Herr Gausmann erläutert, dass dies bisher nicht bekannt gewesen sei, aber geklärt werde. Der Spielplatz sei damals unter der Bedingung erhalten worden, dass dieser von der Gaststätte ge-

pfllegt werde. Diese Angelegenheit werde in der neuen Spielplatzbedarfsplanung mit aufgenommen und geklärt.

Frau Leskow fragt nach dem Sachstand zum Bewilligungsbescheid des Landes für den Spielplatz Hasenhöhle.

Herr Gausmann führt aus, dass der erwartete Bewilligungsbescheid bisher noch nicht vorliege. Die Frist sei aber noch nicht abgelaufen. Sicherlich werde beim Eintreffen des Bescheides darüber informiert werden.

Frau Sauerland fragt an, warum angeblich die Loslösegruppen (Spielgruppen) keine Schnelltests mehr erhalten würden und sich die Eltern darum kümmern sollten.

Herr Gausmann nimmt die Anfrage mit.

Herr Fühner bittet darum, in der nächsten Sitzung unter dem TOP Informationen kurz dazu zu berichten.

Frau Sauerland ergänzt zur Diskussion um die Erhöhung der Nutzung von Schnelltests, dass den Eltern hier konkret die Möglichkeit der Nachsteuerung gegeben wäre.

***Ende der öffentlichen Sitzung:***

***18:19 Uhr***

---

Dieter Fühner  
Ausschussvorsitzender

---

Ingo Schmitz  
Stellv. Schriftführer